

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie nimmt zu. Zur kritischen Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie trägt der Eindruck bei, dass die Parlamente und die Politik insgesamt immer weniger Entscheidungsspielräume haben. In vielen zentralen politischen Fragen gehen die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den getroffenen politischen Entscheidungen oder Positionen diametral auseinander. Je mehr die Menschen das Gefühl bekommen, dass sich die Politik von den Interessen und der Betroffenheit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung entfernt, um so mehr Menschen versinken in politische Apathie und desto leichter können mächtige Interessengruppen die Politik bestimmen.

Das Prinzip einer aktiven, partizipatorischen Demokratie ist auch insofern in eine Krise geraten, als es sowohl für den Bürger, ja sogar auch für den gewählten Abgeordneten immer weniger Möglichkeiten gibt, auf die politischen Prozesse gestaltend einzuwirken. Die politische Entscheidungsfreiheit wird zunehmend durch ideologische und daraus folgende rechtliche Vorgaben wie z.B. die „Schuldenbremse“ verbarrikadiert.

**Vortrags- und Diskussionsveranstaltung:**

Referent: Dr. Wolfgang Lieb/Köln

Montag, den 29. Juni 2015 in den Räumen des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism), in der Flachmarktstraße 9, 55116 Mainz, um 18.30 Uhr.

Eine Veranstaltung der „Initiative für politisches Vor- und Nachdenken (IPVND)“